



Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 107'049
Erscheinungsweise: 26x jährlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 3
Fläche: 20'174 mm²

LIQUIDITÄT - Die Erbschaftssteuer führt insbesondere bei der KMU-Nachfolgeregelung zu existenziellen Problemen.

«Hier gehts für die KMU ans Eingemachte»

Mit der Erbschaftssteuer müssen KMU und Familienunternehmen bei der Nachfolgeregelung neu hohe Steuerbeträge bezahlen. Folgendes Beispiel eines Garagisten mag dies belegen. Der Unternehmer verfügt für seinen Familienbetrieb über eine Standortfläche, eine Garage, kleine Büroräumlichkeiten und eine Familienwohnung im zweiten Stock. Den Gewerbebetrieb hat er von seinem Vater vor 30 Jahren übernommen und laufend ausgebaut. Über die letzten drei Jahrzehnte hat der Garagist die anfallenden Unternehmensgewinne immer wieder in «seiner» Garage investiert, anstatt sich hohe Löhne auszuzahlen und diese zu sparen. Dank der Investitionen konnte er die Garage immer auf dem neusten Stand der technologischen Entwicklung halten und sich so erfolgreich im Wettbewerb behaupten. Der Garagist beschäftigt zwei Mechaniker, und seine Frau ist für die Finanzen und die Buchhaltung verantwortlich. Sie hat

ihr Pensionskassenvermögen in den Ausbau des Unternehmens investiert. Das Unternehmen des bescheiden lebenden Garagisten hat mit all den Investitionen und der Betriebsliegenschaft einen vom Fiskus verfügbaren Verkehrswert von 4 Millionen Franken.

Liquidität gefährdet

Von diesen 4 Millionen müsste er, würde die Erbschaftssteuer vom Volk angenommen, nach einem Freibetrag von 2 Millionen bei der Übergabe der Garage an seinen Sohn 20 Prozent, also 400 000 Franken an den Staat abgeben - Geld, das der Sohn für die Weiterführung des grundsätzlich erfolgreichen Geschäfts dringend braucht, will er liquide bleiben, die anstehenden Rechnungen und die Löhne der Mitarbeitenden bezahlen können. «Für die Garagistenfamilie sind 400 000 Franken ein extrem hoher Betrag», stellt sgv-Direktor Hans-Ulrich

Bigler klar. «Muss er diesen Betrag dem Staat abgeben, hat der Sohn keine liquiden Mittel mehr. Dadurch gefährdet der Staat das Unternehmen und damit dessen Arbeitsplätze.»

Jährlich müssen 77 000 Unternehmen die Nachfolge regeln

Gemäss einer Studie der Universität St. Gallen steht jährlich bei 77 000 Unternehmen in der Schweiz die Regelung der Nachfolge an. Die von linken Kreisen geplante Erbschaftssteuer-Initiative brächte diese Unternehmen in ernsthafte Liquiditätsprobleme und führte insbesondere bei der Nachfolgeregelung zu existenziellen Schwierigkeiten. «Die genannten Zahlen zeigen», so Bigler, «dass es mit der Initiative für sehr viele Familienunternehmen und KMU tatsächlich ans Eingemachte geht.»

En/pd